

Die Ziele der deutschen Arbeitsgemeinschaft in Oesterreich.

— Von unserem Korrespondenten. —

Wien, 20. September.

Ueber das Programm und die politischen Ziele der deutschen Reichsratsabgeordneten, die sich jüngst zur Gründung einer „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen haben, äußerte sich der Obmann der letzteren, Reichsratsabgeordneter August Denk, Ihrem Korrespondenten gegenüber wie folgt:

Es muß vor allem betont werden, daß die deutschen Abgeordneten, die in der Arbeitsgemeinschaft vereinigt sind, auf dem streng verfassungsmäßigen Standpunkt stehen und daher den siebenundsechziger Ausgleich mit Ungarn als die unverrückbare Basis für den Bestand der beiden Staaten Oesterreich und Ungarn betrachten.

Es liegt uns gänzlich fern, die verfassungsmäßig gewährleistete Stellung Ungarns anzutasten. Wir wünschen nur, daß in Oesterreich dem staatsstreuen und staatszerhaltenden deutschen Volksstamme die gleiche vorherrschende Stellung zukomme, wie sie in Ungarn die magharische Nation genießt.

So wie drüben die magharische Sprache unbestritten als Staatssprache gilt, wollen wir in Oesterreich die deutsche Sprache als Staatssprache ausnahmslos durchgeführt sehen.

Wir wollen die Einberufung des Reichsrates nicht nur, um die legale Tagung der Delegationen zu ermöglichen und so die gemeinsamen Angelegenheiten auf legalem Wege zu erledigen, sondern auch um dem feindlichen Ausland darzutun, daß die Vertreter des Volkes gesonnen sind, alle Vorkehrungen zu treffen und alle Mittel zu bewilligen, welche nötig sind, um diesen uns aufgedrängten furchtbaren Weltkrieg zu einem siegreichen Ende zu führen.

Dieses große Endziel soll uns stets als Leitstern dienen, wenn wir auch gezwungen sein sollten, an manchen Regierungsmaßnahmen Kritik zu üben.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sich eine tiefgreifende Mißstimmung breitgemacht hat, die hauptsächlich darin ihre

Ursache findet, daß seit Kriegsbeginn nicht nur das Parlament geschlossen ist, sondern daß auch den Volksvertretern jeder Einblick und jede Auskunft verwehrt wird.

Dies bezieht sich nicht nur auf die interne österreichische Parteipolitik, sondern auch auf die Vorgänge, welche sich bezüglich der Verhandlungen über den österreichisch-ungarischen Ausgleich zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung bisher abgepielt haben.

Man kann es ganz bestimmt annehmen, daß jeder zwischen der österreichischen Regierung auf Grundlage des § 14 und der ungarischen Regierung abgeschlossene Ausgleich schon aus dem Grunde Widerspruch auslösen wird, weil die legislatorischen Faktoren nicht zur Mitwirkung herangezogen wurden.

Eine Grundforderung der Deutschen ist, daß der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn nur von Volk zu Volk, d. h. von Parlament zu Parlament, erfolgt, und jeder auf einem anderen Wege geschaffene Ausgleich als ungefährlich betrachtet wird.

Ich glaube, wenn die Regierungsmajorität im ungarischen Abgeordnetenhaus nicht für Einberufung der Delegationen eingetreten ist, so ist dies gewiß nicht darum geschehen, weil sie sich im Gegensatz zu dieser Forderung befindet, sondern aus politischen Gründen, um nicht Veranlassung zu geben, der diesseitigen Regierung so ernste Schwierigkeiten zu bereiten, daß deren Bestand gefährdet würde.

Auch der deutschen Arbeitspartei ist es nicht um den Bestand oder Nichtbestand irgendeiner Regierung zu tun, sondern sie will zunächst eine auf breiter Basis fußende Organisation des deutschen Volkes schaffen, welche aufgebaut ist auf den politischen Organisationen in den einzelnen Orten, die ihre Vertretung in den Landeszentralen finden, das heißt, daß in jedem Kronlande Volksräte oder Volksbünde geschaffen werden, welche, im lebendigen Kontakte mit den Vertretern der Gemeinden, Städte und den Reichsratsabgeordneten stehend, eine solche politische Macht bilden, daß sie bestimmend auf den Gang der politischen Vorgänge und die Entschlüsse der Regierung einwirken müssen.

Aus dieser Schöpfung soll die Macht entstehen, welche die Durchführung der nationalen Forderungen des deutschen Volkes verbürgt und damit auf die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Oesterreich ausschlaggebend wirkt.

Es wird auf diesem Wege möglich werden, die Grundforderungen der Deutschen (die deutsche Staatssprache, Reform der politischen Verwaltung, Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Reichsrate, sowie auch in den Ländern) in die Wege zu leiten.

Ich habe die Ueberzeugung, daß ein solches verjüngtes, unter dem Einflusse des wahren Volkswillens stehendes Staatswesen in der Lage sein wird, mit dem mit uns verbundenen ungarischen Staate jene Lebensbedingungen zu schaffen, die die notwendige Entwicklung beider Staaten und ihre Gemeinsamkeit gewährleisten.

Für dieses Ziel, das sich die Deutschen in Oesterreich nicht für sich, sondern für ganz Oesterreich und für die Monarchie gestellt haben, werden sie mit aller Kraft und mit

allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eintreten.

Sie werden auf gar nichts Rücksicht nehmen, außer auf die erste, alle anderen zurückdrängende Forderung unserer schweren Zeit, daß nichts geschehen darf, was die Monarchie in ihrer Widerstandskraft gegen die äußeren Feinde und in ihrem Ringen nach dem endgültigen Sieg irgendwie behindern könnte. Im Gegenteil, die Deutschen in Oesterreich werden wie bisher mit voller persönlicher Hingabe, Kampf und Tod nicht scheuend, alles tun, um den Feind niederzuringen, an welcher Grenze immer er uns angreift.